



Petition 173936

Geschlechterspezifische Fragen - Verstärkter rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz schwangerer Frauen

Text der Petition	Mit der Petition wird ein verstärkter rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz schwangerer Frauen vor Diffamierung, Nötigung und Druck, insbesondere im Zusammenhang mit Abtreibung und der Entscheidung, ein Kinder zur Welt zu bringen, gefordert.
Begründung	<p>In unserer Gesellschaft gibt es zunehmend Fälle, in denen Frauen von ihren Partnern oder anderen Personen in ihrem Umfeld unter Druck gesetzt werden, eine Schwangerschaft abubrechen, obwohl dies allein die Entscheidung der Frau ist.</p> <p>Dieser Druck äußert sich oft in Form von emotionaler Erpressung, Drohungen oder moralischer Herabsetzung, wenn die Frau sich entscheidet, die Schwangerschaft fortzuführen.</p> <p>Solche Verhaltensweisen stellen eine ernsthafte Bedrohung für das Selbstbestimmungsrecht und die psychische Gesundheit der betroffenen Frauen dar.</p> <p>Unsere Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Verstärkter rechtlicher Schutz vor Nötigung und Zwang zur Abtreibung: Wir fordern eine Überprüfung der bestehenden Gesetze sowie die Schaffung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass schwangere Frauen, die unter Druck gesetzt oder gezwungen werden, eine Abtreibung vorzunehmen, effektiven rechtlichen Schutz erhalten. Es sollte klar festgelegt werden, dass jeder Versuch, eine Frau zur Abtreibung zu zwingen, als Straftat gilt.2. Erweiterter Schutz vor Diffamierung und Herabwürdigung: Frauen, die sich gegen eine Abtreibung entscheiden, müssen vor jeglicher Form von Diffamierung und Herabwürdigung geschützt werden. Es sollte gesetzlich klargestellt werden, dass jede Frau das Recht hat, selbstbestimmt über ihre Schwangerschaft zu entscheiden, ohne von ihrem Umfeld oder ihrem Partner herabgesetzt oder moralisch verurteilt zu werden.3. Aufklärung und Sensibilisierung: Wir fordern verstärkte Aufklärungskampagnen, die auf die Rechte schwangerer Frauen aufmerksam machen und das Bewusstsein in der Gesellschaft schärfen. Diese Kampagnen sollen darauf abzielen, deutlich zu machen, dass es in der alleinigen Verantwortung der Frau liegt, ob sie eine Schwangerschaft fortführt oder nicht. Jeder Versuch, diese Entscheidung zu beeinflussen oder Druck auszuüben, ist inakzeptabel.4. Zugang zu Beratungsstellen und Unterstützung: Schwangere Frauen, die sich in

einer schwierigen Lage befinden und unter Druck gesetzt werden, sollten leichterem Zugang zu unabhängigen Beratungsstellen und psychologischer Unterstützung erhalten. Es muss gewährleistet sein, dass sie in einer geschützten Umgebung professionelle Hilfe bekommen, um frei und ohne äußeren Zwang Entscheidungen treffen zu können.

Jede Frau hat das Recht, über ihren Körper und ihre Schwangerschaft frei zu entscheiden. Die Entscheidung, ein Kind zu bekommen oder eine Schwangerschaft abubrechen, ist zutiefst persönlich und darf nicht durch äußeren Druck, Zwang oder Diffamierung beeinflusst werden.